



Sitzung vom
1. März 2022

Mitgeteilt den
4. März 2022

Protokoll Nr.
178/2022

Anfrage Preisig

betreffend Überprüfung der Betreibungs- und Konkursämter
durch eine Revisionsstelle

Antwort der Regierung

Die Aufsicht im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen ist im Kanton Graubünden zweigeteilt. Das Kantonsgericht nimmt die fachliche Aufsicht wahr, welche in Anwendung von Art. 14 Abs. 1 Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; SR 281.1) die Geschäftsführung jedes Amtes alljährlich mindestens einmal zu prüfen hat. Bei dieser Aufsicht sind in erster Linie die gesetzeskonforme Führung von Register und Protokollen, die vorschriftsgemässe Führung der Kassen sowie die vorschriftsgemässe Verwendung von Formularen zu prüfen. Auch die personellen und räumlichen Mittel sowie die verwendeten Informatikmittel unterliegen der Prüfung durch die Aufsichtsbehörde. Betreibungs- und Konkursämter sind jedoch regionale Behörden (Art. 1 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs [EGzSchKG; BR 220.000]), womit deren Ausgestaltung eine regionale Aufgabe ist. Die Regionen haben nach geltendem Recht ein Organisationsreglement zu erlassen (Art. 3 Abs. 1 EGzSchKG). In den Organisationsreglementen enthalten sind namentlich Bestimmungen über die Geschäftsführung (mit dem Einsichtsrecht der Region, soweit dies die Organisation und die Besoldung betrifft) und über die Rechnungsführung (ebenfalls mit einem Einsichtsrecht für die massgeblichen Unterlagen). Ob für die Einsichtnahme in die Geschäftsführung eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage erforderlich ist, führt in der Praxis immer wieder zu Diskussionen. Um diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen, sollen die Regionen in Art. 3 Abs. 1bis EGzSchKG neu im Rahmen der Justizreform 3 ausdrücklich ermächtigt werden, in die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen Einsicht zu nehmen, soweit dies zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben erforderlich ist.

Zu Frage 1: Eine Umfrage bei den Regionen hat ergeben, dass die Regionen Surselva, Imboden, Prättigau/Davos, Engiadina Bassa/Val Müstair, Viamala und Maloja eine externe Revisionsstelle mandatiert haben. In der Region Plessur erfolgt die Revision der Buchhaltung durch die unabhängige Finanzkontrolle der Stadt Chur.

Zu Frage 2: Es ist die Aufgabe der Regionen, zu entscheiden, welche Art von Revisionen für sie zielführend ist. Ein gesetzlicher Anpassungsbedarf besteht nicht.

Zu Frage 3: Die Grundzüge der Organisation der Regionen werden durch das Gemeindegesetz des Kantons Graubünden (GG; BR 175.050) geregelt. Art. 104 GG schreibt den Regionen für die Rechnungs- und Geschäftsprüfung zwingend eine Geschäftsprüfungskommission (GPK) vor. Diese setzt sich aus Mitgliedern der GPK der Regionsgemeinden zusammen und kann im Einvernehmen mit dem Regionalausschuss resp. Präsidentenkonferenz die Rechnungsprüfung privaten Sachverständigen übertragen (vgl. Art. 104 Abs. 4 GG). Folglich besteht bereits heute eine gesetzliche Grundlage, externe Revisionsstellen beauftragen zu können.

Zu Frage 4: Für die Bündner Gemeinden selber besteht keine Pflicht, eine externe Revisionsstelle für den Teil der Rechnungsprüfung beizuziehen. Die grosse Mehrheit der Bündner Gemeinden hat jedoch für die Rechnungsprüfung eine externe Revisionsstelle beauftragt. Für diese werden kantonalrechtlich keine Vorgaben bezüglich Aufsicht, Zulassungsbedingungen, Qualitätsanforderungen, Prüfungsstandards, Berichterstattung, etc. statuiert. Der Kanton Graubünden überlässt es den Gemeinden, welchen Prüfungsumfang sie von privaten Sachverständigen "einkaufen". Diese Autonomie bestand bereits im alten Gemeindegesetz und wurde im Rahmen der Totalrevision (Inkrafttreten 01.07.2018) nicht eingeschränkt. Im Rahmen der totalrevidierten Finanzhaushaltsgesetzgebung per 01.12.2012 wurde auch den Gemeinden ein Internes Kontrollsystem (IKS) vorgeschrieben, das u.a. das Vermögen schützen und Fehler und Unregelmässigkeiten bei der Buchführung verhindern oder aufdecken soll. Es erscheint nicht opportun, dass für Einzelbereiche der Regionen eine externe Revision vorgeschrieben wird, für andere nicht. Zudem kommt unweigerlich die Frage auf, ob dann nicht die Gemeinden generell dazu verpflichtet werden sollen. Selbstverständlich haben es die Gemeinden selber in der Hand, für sich und "ihre" Regionen externe Prüfungen vorzusehen. Sie machen in der Praxis auch davon Gebrauch. Es scheint – aufgrund eines bedauerlichen Einzelfalls – weder geboten noch notwendig zu sein, die Gemeindeautonomie hierin einzuschränken. Bezogen auf die Gemeinden ist die Überprüfung der Behörden- und Verwaltungstätigkeit durch eine GPK zudem ein jahrzehntealtes und bewährtes System. Änderungen daran sind zum heutigen Zeitpunkt nicht angezeigt.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Anfrage Preisig betreffend Überprüfung der Betreibungs- und Konkursämter durch eine Revisionsstelle

Betreibungs- und Konkursämter haben oftmals über konkursamtliche Liquidationen und Konkursmassen in Millionenhöhe zu befinden. Es geht um viel Geld, es geht um Menschen, es geht um tragische Geschichten, die etwas gemeinsam verdient haben, nämlich ein faires und bis ins Detail transparentes Verfahren. Die regionalen Betreibungs- und Konkursämter arbeiten gut und professionell, aber deren Aufsicht genügt leider nicht überall.

Ein Fall im Betreibungs- und Konkursamt Maloja – damals noch Oberengadin – hat gezeigt, dass die heutige gesetzliche Minimalaufsicht ungenügend und nicht zweckdienlich ist. Im vorliegenden Fall konnte eine Amtsperson sich über Jahre hinweg unbemerkt über einen höheren sechsstelligen Betrag bereichern, ohne dass dies von jemandem bemerkt wurde, weder intern (regional geregelt) noch durch die sogenannte externe Überprüfung (kantonale Aufsichtsbehörde). Wie ist das möglich?

Die Durchsetzung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; SR 281.1) obliegt den Kantonen (Art. 1 ff. SchKG). Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG; BR 220.000) regelt die Details dazu, wie die Organisation der Ämter und deren Aufsicht. Der Kanton Graubünden bestimmte das Kantonsgericht als Aufsichtsbehörde (Art. 13 EGzSchKG). Die Aufsichtsbehörde hat die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter regelmässig zu prüfen oder prüfen zu lassen und trifft die geeigneten Massnahmen zur Verhinderung oder Beseitigung von unzumutbaren oder ordnungswidrigen Zuständen (Art. 15 Abs. 1 EGzSchKG). Diese Überprüfung erfolgt bisher im Sinne einer gegenseitigen Überprüfung, das heisst, ein Betreibungs- und Konkursamt – meist die Amtsstellenleiterin oder der Amtsstellenleiter – überprüft im Rahmen einer sogenannten Inspektion ein anderes Betreibungs- und Konkursamt. Die kollegiale Nähe kann ein genaues Hinschauen hemmen und die meist nur kurzen Besuche verunmöglichen eine Detailüberprüfung komplizierter Dossiers.

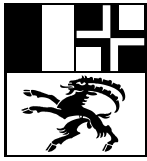
Nebst der kantonsgerichtlichen Fach- und Disziplinaraufsicht obliegt auch den Regionen eine Aufsichtspflicht: Sie haben die Geschäftsführung zu beaufsichtigen und stellen die Betreibungs- sowie Konkursbeamten und -beamtinnen ein. Das Budget und die Jahresrechnung der Betreibungs- und Konkursämter werden von der Geschäftsprüfungskommission der jeweiligen Region überprüft (Art. 96 Abs. 1 lit. d GG). Einige Regionen führen zusätzlich jährlich ordentliche Revisionen durch professionelle Revisionsstellen durch. Dies ist jedoch nicht überall der Fall (siehe genanntes Beispiel), was stossend ist und im Sinne der Sache, der Glaubwürdigkeit und der einheitlichen Qualität der Betreibungs- und Konkursämter geändert werden sollte.

Daher ersuchen die Unterzeichnenden die Regierung, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Regionen führen jährliche Revisionen bei ihren Konkurs- und Betreibungsämtern durch eine externe Revisionsstelle durch?
2. Welche Art von Revision wäre für die Konkurs- und Betreibungsämter die sinnvollste? Weshalb?
3. Welches ist der gesetzliche Spielraum für die Regionen, um solche Revisionen beauftragen zu können?
4. Sieht die Regierung in dieser Angelegenheit Handlungsbedarf und warum beziehungsweise warum nicht?

Chur, 8. Dezember 2021

Preisig, Salis, von Ballmoos, Atanes, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Chur), Clalüna, Degiacomi, Hardegger, Hofmann, Kappeler, Kuoni, Mittner, Müller (Felsberg), Noi-Togni, Perl, Rettich, Rutishauser, Schwärzel, Brändli Capaul, Conrad-Roner, Fetz, Pajic, Tomaschett (Chur)



Sesida dal

1. da mars 2022

Communitgà ils

4 da mars 2022

Protocol nr.

178/2022

Dumonda Preisig

concernent l'examinaziun dals uffizis da scussiun e da concurs
tras in post da revisiun

Resposta da la Regenza

La surveglianza en ils fatgs da scussiun e da concurs è dividida en duas parts en il chantun Grischun. La Dretgira chantunala exequescha la surveglianza professiunala che sto – applitgond l'art. 14 al. 1 da la Lescha federala davart la scussiun ed il concurs (LSC; CS 281.1) – examinar la gestiun da mintga uffizi almain ina giada per onn. A chaschun da questa surveglianza stoi vegnir controllà en emprima lingia ch'ils registers ed ils protocols vegnian manads en moda confurma a la lescha, che las cassas vegnian manadas tenor las prescripziuns sco er ch'ils formulars vegnian duvrads tenor las prescripziuns. Er ils meds persunals ed architectonics sco er ils meds d'informatica utilisads èn suttamess a l'examinaziun tras l'autorità da surveglianza. Ils uffizis da scussiun e da concurs èn dentant autoritads regiunalas (art. 1 Lescha introductiva tar la Lescha federala davart la scussiun ed il concurs [LltLSC; DG 220.000]), uschia che lur concepziun è ina incumbensa regiunala. Tenor il dretg vertent ston las regiuns relaschar in reglament d'organisaziun (art. 3 al. 1 LltLSC). En ils reglaments d'organisaziun èn particularmain cuntegnidas disposiziuns davart la gestiun (cun il dretg da la regiun da prender invista, uschenavant ch'ellas pertutgan l'organisaziun e la salarisaziun) e davart la contabilitad (medemamain cun in dretg da prender invista dals documents decisivs). La dumonda, sch'ina basa legala expressiva è necessaria per prender invista da la gestiun, chaschuna adina puspè discussiuns en la pratica. Per eliminar questa malsegirezza giuridica duain – en il rom da la Refurma da las dretgiras 3 – las regiuns vegnir autorisadas da nov explicitamain en l'art. 3 al 1^{bis} LltLSC da prender invista da la gestiun dals uffizis da scussiun e da concurs sco er dals eventuels posts externs, uschenavant che quai è necessari per ademplir lur incumbensas.

Tar la dumonda 1: Ina retschertga tar las regiuns ha mussà che las regiuns Surselva, Plaun, Partenz/Tavau, Engiadina Bassa/Val Müstair, Viamala e Malögia han surdà il mandat respectiv ad in post da revisiun extern. En la regiun Plessur vegn la revisiun da la contabilitad fatga da la Controlla da finanzas da la citad da Cuir, ch'è independenta.

Tar la dumonda 2: Igl è l'incumbensa da las regiuns da decider, tge tip da revisiun ch'è cunvegnent per ellas. In basegn d'adattar la lescha n'exista betg.

Tar la dumonda 3: Ils princips da l'organisaziun da las regiuns vegnan reglads tras la Lescha da vischnancas dal chantun Grischun (LV; DG 175.050). L'art. 104 da la LV prescriba a las regiuns obligatoricamain da nominar ina cumissiun da gestiun (CdG) per la revisiun da quintes e per la controlla da gestiun. Questa cumissiun sa cumpona da commembras e commembers da las CdG da las vischnancas da la regiun e po – en encliegientscha cun la cumissiun regionala resp. cun la conferenza da las presidentas e dals presidents – surdar la revisiun da quintes ad expertas ed experts privats (cf. art. 104 al. 4 LV). Pia exista gia oz ina basa legala per pudair incumbensar posts da revisiun externs.

Tar la dumonda 4: Las vischnancas grischunas sezzas n'èn betg obligadas da consultar in post da revisiun extern per la part da la revisiun da quintes. La gronda maioriad da las vischnancas grischunas ha dentant incumbensà in post da revisiun extern cun la revisiun da quintes. Per quest post da revisiun extern na statuescha il dretg chantunal naginas prescripziuns concernent la surveglianza, las cundiziuns d'admissiun, las pretensiuns da qualidad, ils standards da controlla, la rapportaziun e.u.v. Il chantun Grischun surlascha a las vischnancas da decider, tge dimensiun da la controlla ch'ellas «cumpran» d'expertas ed experts privats. Questa autonomia existiva gia en l'anteriura Lescha da vischnancas e n'è betg vegnida restrenschida en il rom da la revisiun totala (entrada en vigur il 01-07-2018). En il rom da la revisiun totala da la legislaziun davart las finanzas per il 01-12-2012 è vegnì prescrit in sistem da controlla intern (SCI) er per las vischnancas. Quest SCI duai tranter auter protegger la facultad ed impedir u scuvrir sbagls ed irregularitads en la contabilitad. I na para betg cunvegnent da prescriber ina revisiun externa a las regiuns per singuls secturs e per auters betg. Plinavant sa tschenta inevitablamain la dumonda, sche las vischnancas na duain betg vegnir obligadas en general da laschar far ina tala controlla. Natiralmain che las vischnancas han sezzas en maun da prevair controllas externas per ellas e per «lur» regiuns. En la pratica tiran ellas er a niz questa pussaivladad. I na para – sin basa d'in cas singul deplorabel – d'esser ni inditgà ni necessari da restrenscher l'autonomia communal en quest senn. Per las vischnancas è l'examinaziun da l'activitad da las autoritads e da l'administraziun tras ina CdG in sistem ch'è sa cumprovà dapi decennis. Da midar quel n'è betg inditgà il mument.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Dumonda Preisig concernent l'examinaziun dals uffizis da scussium e da concurs tras in post da revisiun

Ils uffizis da scussium e da concurs ston savens decider davart liquidaziuns tras l'uffizi da concurs e davart massas da concurs en l'autezza da milliuns. I va per blers daners, i va per persunas, i va per istorgias tragicas. Tut quai ensemen ha merità insatge, numnadamain in process gist e transparent fin en ils detagls. Ils uffizis da scussium e da concurs regiunals lavuran bain ed en moda professiunala, ma lur surveglianza na cuntenta deplorablamain betg dapertut.

In cas da l'Uffizi da scussium e da concurs Malögia – quella giada anc Engiadin'Ota – ha mussà che la surveglianza legala minimala dad oz è insufficienta ed incunvegna. En il cas qua avant maun ha ina persuna d'uffizi pudì s'enritgir zuppadamain sur in import pli aut da sis cifras sur onns ed onns senza che quai saja vegnì remartgà d'insatgi, ni internamain (reglà sin plaun regional) ni tras in'uschenunada examinaziun externa (autorità chantunala da surveglianza). Co è quai pussaivel?

Far valair la Lescha federala davart la scussium ed il concurs (LSC; CS 281.1) è chausa dals chantuns (art. 1 ss. LSC). La Lescha introductiva tar la Lescha federala davart la scussium ed il concurs (LitLSC; DG 220.000) regla ils detagls en chausa, sco l'organisaziun dals uffizis e lur surveglianza. Il chantun Grischun ha designà la Dretgira chantunala sco autorità da surveglianza (art. 13 LitLSC). L'autorità da surveglianza sto examinar u laschar examinar regularmain la gestiun dals uffizis da scussium e da concurs e prenda las mesiras adattadas per impedir u per eliminar stadis inadeguats u irregulars (art. 15 al. 1 LitLSC). L'examinaziun è vegnida fatga enfin ussa en il senn d'ina examinaziun vicendaivla, quai vul dir in uffizi da scussium e da concurs – per il pli la manadra u il manader da l'uffizi – examinescha in auter uffizi da scussium e da concurs, quai en il rom d'ina uschenunada inspeziun. La proximitad collegiala po impedir da guardar exactamain e visitas per il pli mo curtas impossibiliteschan ina controlla detagliada dals dossiers cumplitgads.

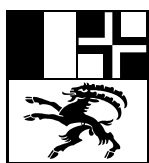
Ultra da la surveglianza spezialisada e disciplinara tras la Dretgira chantunala han er las regiuns in'obligaziun da surveglianza: ellas ston survegliar la gestiun da las fatschentas ed engaschan las funcziunarias ed ils funcziunaris da scussium e da concurs. Il preventiv ed il quint annual dals uffizis da scussium e da concurs vegnan controllads da la cumissiun da gestiun da la regiun respectiva (art. 96 al. 1 lit. d LV). Intginas regiuns laschan far supplementarmain mintga onn revisiuns ordinarias tras posts da revisiun professiunals. Ma quai n'è dentant betg il cas dapertut (guardar exempel menziunà). Questa situaziun è incunvegna e duai vegnir midada en il senn da la chausa, en il senn da la credibladad ed en il senn d'ina qualitad unitara dals uffizis da scussium e da concurs.

Perquai supplitgain nus la Regenza da responder las suandantas dumondas:

1. Tge regiuns laschan far mintga onn revisiuns da lur uffizis da scussium e da concurs tras in post da revisiun extern?
2. Tge gener da revisiun fiss il pli raschunavel per ils uffizis da scussium e da concurs? Pertge?
3. Tgenina è la libertad legislativa da las regiuns per pudair surdar talas revisiuns?
4. Vesa la Regenza in basegn d'agir en questa fatschenta e pertge respectivamain pertge betg?

Cuira, ils 8 da december 2021

Preisig, Salis, von Ballmoos, Atanes, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Cuira), Clalüna, Degiacomi, Hardegger, Hofmann, Kappeler, Kuoni, Mittner, Müller (Favugn), Noi-Togni, Perl, Rettich, Rutishauser, Schwärzel, Brändli Capaul, Conrad-Roner, Fetz, Pajic, Tomaschett (Cuira)



Seduta del

1° marzo 2022

Comunicata il

4 marzo 2022

Protocollo n.

178/2022

Interpellanza Preisig

concernente la verifica della gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti da parte di un ufficio di revisione

Risposta del Governo

Nel Cantone dei Grigioni la vigilanza nel settore esecuzione e fallimenti è suddivisa in due parti. Il Tribunale cantonale si assume la vigilanza materiale e in applicazione dell'art. 14 cpv. 1 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento (LEF; RS 281.1) deve ispezionare almeno una volta all'anno la gestione di ogni ufficio. Nel quadro di questa vigilanza devono essere ispezionati in primo luogo la gestione conforme alla legge di registri e verbali, la gestione conforme alle prescrizioni delle casse nonché l'utilizzo conforme alle prescrizioni dei moduli. Anche gli strumenti in termini di personale e di spazio nonché i mezzi informatici utilizzati sono soggetti all'ispezione da parte dell'autorità di vigilanza. Tuttavia gli uffici d'esecuzione e dei fallimenti sono autorità regionali (art. 1 della legge d'applicazione della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento [LAdLEF; CSC 220.000]), per cui la loro organizzazione è un compito regionale. Secondo il diritto vigente le regioni devono emanare un regolamento di organizzazione (art. 3 cpv. 1 LAdLEF). Il regolamento di organizzazione contiene disposizioni segnatamente in merito alla gestione degli uffici (con il diritto di prendere visione degli atti spettante alla regione, nella misura in cui ciò riguardi l'organizzazione e lo stipendio) e alla gestione contabile (sempre con un diritto di prendere visione della documentazione determinante). La necessità di una base giuridica esplicita per la presa in visione della gestione degli uffici è una questione che nella prassi porta ripetutamente a discussioni. Al fine di eliminare questa insicurezza giuridica, a titolo di novità nell'art. 3 cpv. 1bis LAdLEF, nel quadro della riforma giudiziaria 3 si intende autorizzare esplicitamente le regioni a prendere visione della gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti nonché di eventuali uffici esterni, nella misura in cui ciò sia necessario per l'adempimento dei compiti che spettano loro.

In merito alla domanda 1: da un rilevamento effettuato tra le regioni è emerso che le regioni Surselva, Imboden, Prättigau/Davos, Engiadina Bassa/Val Müstair, Viamala e Maloja hanno incaricato un organo di revisione esterno. Nella Regione Plessur la revisione della contabilità viene effettuata dal controllo delle finanze indipendente della Città di Coira.

In merito alla domanda 2: è compito delle regioni decidere quale tipo di revisione faccia al caso loro. Non vi è una necessità di adeguamento a livello di legge.

In merito alla domanda 3: i tratti fondamentali dell'organizzazione delle regioni sono disciplinati dalla legge sui comuni del Cantone dei Grigioni (LCom; CSC 175.050). L'art 104 LCom stabilisce che le regioni devono fare capo a una commissione della gestione (CdG) per la verifica della contabilità e della gestione. La commissione è composta da membri delle CdG dei comuni della regione e, in accordo con il comitato regionale o con la Conferenza dei sindaci, può delegare la revisione dei conti a esperti privati (cfr. art. 104 cpv. 4 LCom). Pertanto già oggi esiste una base giuridica per incaricare della revisione organi esterni.

In merito alla domanda 4: i comuni grigionesi non sono obbligati a fare capo a un organo di revisione esterno per la parte riguardante la revisione dei conti. Tuttavia la grande maggioranza dei comuni grigionesi ha incaricato della revisione dei conti un organo di revisione esterno. Per questi organi di revisione esterni il diritto cantonale non prevede direttive riguardo alla vigilanza, alle condizioni di ammissione, ai requisiti di qualità, agli standard di verifica, alla presentazione di rapporti, ecc. Il Cantone dei Grigioni lascia che siano i comuni a decidere in quale misura intendono "acquistare" la verifica da periti privati. Questa autonomia era prevista già dalla vecchia legge sui comuni e non è stata limitata nel quadro della revisione totale (entrata in vigore: 01.07.2018). Nel quadro della legge sulla gestione finanziaria sottoposta a revisione totale con effetto al 01.12.2021, anche per i comuni è stato prescritto un sistema di controllo interno (SCI), che tra le altre cose ha lo scopo di tutelare la sostanza e prevenire o rilevare errori o irregolarità nella contabilità. Non appare opportuno che per singoli settori delle regioni venga prescritta una revisione esterna e per altri no. Inoltre si pone inevitabilmente la questione se poi i comuni non debbano a loro volta essere obbligati a farlo. Naturalmente i comuni stessi sono liberi di prevedere verifiche esterne per sé e per le "loro" regioni. Questo avviene anche nella pratica. A causa di un increscioso caso singolo, non sembra né opportuno né necessario limitare l'autonomia dei comuni in questo ambito. Per quanto riguarda i comuni, la revisione dell'attività delle autorità e dell'amministrazione da parte di una CdG è un sistema decennale che si è dimostrato valido. Al momento attuale non sono indicate delle modifiche.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Interpellanza Preisig concernente la verifica della gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti da parte di un ufficio di revisione

Gli uffici d'esecuzione e dei fallimenti spesso devono decidere in merito a liquidazioni in via di fallimento e a masse del fallimento per importi pari a milioni di franchi. Si tratta di molto denaro, si tratta di persone, si tratta di storie tragiche, accomunate da un aspetto: meritano una procedura equa e trasparente in ogni dettaglio. Gli uffici d'esecuzione e dei fallimenti regionali lavorano bene e in modo professionale, ma purtroppo la vigilanza sugli stessi non è sempre sufficiente.

Un caso verificatosi presso l'Ufficio d'esecuzione e dei fallimenti della Regione Maloja, allora ancora Engadina Alta, ha evidenziato che l'attuale vigilanza minima prescritta dalla legge è insufficiente e inadeguata. Nel caso in oggetto, sull'arco di diversi anni un ufficiale è riuscito ad arricchirsi per diverse centinaia di migliaia di franchi senza che nessuno se ne accorgesse, né nel quadro della verifica interna (disciplinata a livello regionale), né nel quadro della cosiddetta verifica esterna (autorità di vigilanza cantonale). Come è possibile?

L'applicazione della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento (LEF; RS 281.1) compete ai Cantoni (art. 1 segg. LEF). La legge d'applicazione della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento (LAdLEF; CSC 220.000) disciplina i corrispondenti dettagli, come l'organizzazione degli uffici e la vigilanza sugli stessi. Il Cantone dei Grigioni ha designato il Tribunale cantonale quale autorità di vigilanza (art. 13 LAdLEF). L'autorità di vigilanza è tenuta a verificare o a far verificare regolarmente la gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti e adotta le misure atte a impedire o a eliminare situazioni inadeguate o irregolari (art. 15 cpv. 1 LAdLEF). Attualmente questa verifica avviene tramite una verifica reciproca, vale a dire che un ufficio d'esecuzione e dei fallimenti, in genere il suo capoufficio, verifica un altro ufficio d'esecuzione e dei fallimenti nel quadro di una cosiddetta ispezione. La simpatia tra colleghi può inibire un'analisi attenta e le visite solitamente brevi rendono impossibile una verifica dettagliata di dossier complessi.

Oltre alla vigilanza tecnica e disciplinare che compete al Tribunale cantonale, anche alle regioni spetta un obbligo di vigilanza: esse devono vigilare sulla gestione e sono incaricate di assumere gli ufficiali esecutori e dei fallimenti. Il preventivo e il conto annuale degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti vengono verificati dalla commissione della gestione della rispettiva regione (art. 96 cpv. 1 lett. d LCom). Alcune regioni sottopongono inoltre ogni anno i loro uffici d'esecuzione e dei fallimenti a revisioni ordinarie da parte di uffici di revisione professionali. Questo però non è sempre il caso (vedi esempio citato), ciò che è inaccettabile e andrebbe cambiato nell'interesse della causa, della credibilità e dell'uniformità qualitativa degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti.

Le firmatarie e i firmatari chiedono perciò al Governo di rispondere alle seguenti domande:

1. Quali regioni sottopongono i loro uffici d'esecuzione e dei fallimenti a revisioni annuali da parte di un ufficio di revisione esterno?
2. Quale tipo di revisione sarebbe quello più sensato per gli uffici d'esecuzione e dei fallimenti? Per quale motivo?
3. Qual è il margine di manovra concesso dalla legge alle regioni per poter commissionare simili revisioni?
4. Il Governo vede una necessità di azione a questo proposito e perché sì o perché no?

Coira, 8 dicembre 2021

Preisig, Salis, von Ballmoos, Atanes, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Coira), Clalüna, Degiacomi, Hardegger, Hofmann, Kappeler, Kuoni, Mittner, Müller (Felsberg), Noi-Togni, Perl, Rettich, Rutishauser, Schwärzel, Brändli Capaul, Conrad-Roner, Fetz, Pajic, Tomaschett (Coira)